

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Europas Chancen nutzen - Für einen zukunftsweisenden Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union 2021-2027

Aktuell laufen auf EU-Ebene die Verhandlungen für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union 2021-2027, also den Haushaltsplan der EU für die kommenden sieben Jahre. Hier werden entscheidende Weichen für die zukünftige Arbeit der EU gestellt. Wir Freie Demokraten wollen ein starkes Europa, das finanziell so ausgestattet ist, dass es den vielfältigen Erwartungen und Herausforderungen gerecht werden kann. Wir legen aber auch Wert darauf, dass die EU sich stärker auf Zukunftsaufgaben konzentriert und nur dort aktiv wird, wo auch ein europäischer Mehrwert entsteht. Daher haben wir folgende Prinzipien und thematische Schwerpunkte definiert:

Unsere Prinzipien für den MFR 2021-2027:

1. Ausrichtung am europäischen Mehrwert: Aufgaben- und Ausgabenkritik
Der MFR 2021-2027 wird das Handeln der EU nach innen und außen maßgeblich prägen. Angesichts des Brexits, den wir sehr bedauern, und der dadurch entstehenden Finanzierungslücke, sowie zahlreicher neuer Herausforderungen und Aufgaben, die entsprechend finanziell unterlegt werden müssen, ist zunächst eine Aufgaben- und Ausgabenkritik angezeigt. Wir wollen den MFR 2021-2027 streng daran ausrichten, EU-Bürgern und Mitgliedstaaten einen europäischen Mehrwert zu liefern. Europäischen Mehrwert liefert die EU dort, wo sie Aufgaben wirksamer (z.B. aufgrund von EU-weiten Auswirkungen) oder effizienter erfüllt als die Mitgliedstaaten allein. Dies entspricht dem Subsidiaritätsprinzip.
2. Subsidiarität in zwei Richtungen denken: Keine nationalen Doppelstrukturen konservieren
Die Übertragung von Aufgaben und Entscheidungen auf die EU-Ebene bietet Spielräume für Einsparungen auf nationaler Ebene. In Bereichen, in denen die EU effektiver handeln kann, brauchen wir keine Doppelstrukturen auf nationaler Ebene. Dies erhöht die Eindeutigkeit der Verantwortlichkeiten, wodurch auch die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger gesteigert wird.

3. Sparsamer Umgang mit Steuergeld: Orientierung an 1,0% des EU27-Bruttonationaleinkommens (BNE)

Durch den Brexit steigt der Finanzierungsanteil Deutschlands am MFR von derzeit ca. 20,0% auf 24,5%. Europa ist für uns Freie Demokraten eine Herzens- aber auch eine Vernunftsangelegenheit. Deshalb wollen wir uns, angesichts des deutlich steigenden deutschen Anteils in relativen und absoluten Zahlen, an einem MFR-Gesamtvolumen in Höhe von möglichst 1,0% des EU27-Bruttonationaleinkommens (BNE) orientieren, zuzüglich des in Zukunft in den ordentlichen EU-Haushalt zu überführenden Europäischen Entwicklungsfonds. Neue Aufgaben sind durch Umschichtung zu finanzieren, damit die bewährte Deckelung des Haushalts beibehalten wird. Hier unterstützen wir die thematische Akzentverschiebung im Vorschlag der EU-Kommission.

4. Faire Lastenteilung zwischen Mitgliedstaaten

Falls der MFR 2021-2027 1,00% des EU-27 BNE betrage, würde der jährliche Beitrag Deutschlands bereits um ca. 10 Mrd. Euro (in laufenden Preisen) steigen, bei 1,07% (aktueller Vorschlag der finnischen EU-Ratspräsidentschaft) um 14 Mrd., bei 1,30% (Vorschlag des Europäischen Parlaments) um 22 Mrd. Das bedeutet, dass jede zusätzlichen 0,01% beim MFR für den deutschen Anteil an den Eigenmitteln der EU eine Mehrbelastung um 400 Millionen Euro zur Folge hätten. Eine faire Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten ist somit essenziell für die Akzeptanz des Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekts Europäische Union.

Zolleinnahmen und BNE-Eigenmittel, kombiniert mit einem „Allgemeinen Korrekturmechanismus“, statt verschiedener Rabatte, ermöglichen eine transparente, faire und zuverlässige Finanzierung der EU. Im Gegenzug sollte auf die äußerst kompliziert zu berechnenden, intransparenten Mehrwertsteuer-Eigenmittel verzichtet werden.

Kohäsionspolitik ist Ausdruck gelebter Solidarität. Sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Zusammenhalt der Gemeinschaft wird auch durch eine faire Lastenteilung bei der Aufnahme von Migranten gestärkt. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds müssen deshalb auch einen Ausgleich für die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen schaffen.

5. Festhalten am Verschuldungsverbot und keine neuen Eigenmittelarten

Wir treten für Generationengerechtigkeit ein und halten deshalb am Verschuldungsverbot für die EU fest. Eine faktische Umgehung des Verschuldungsverbots durch eine übermäßige Übernahme von Haushaltsgarantien würden wir ablehnen, da sich Eventualverbindlichkeiten rasch in echte Verbindlichkeiten verwandeln können.

Neue Eigenmittelarten oder EU-Steuern lehnen wir ebenso ab, da sie den Haushalt verkomplizieren und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und

ausgewogene Belastung schlechter abbilden als die BNE-Eigenmittel.

6. Konditionalität: Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Haushaltsregeln und Strukturreformen

Es ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich, dass die Auszahlung finanzieller Mittel an einen Mitgliedstaat an die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft sein muss. Wir fordern außerdem, die Auszahlung an die Einhaltung der europäischen Regeln für nationale Haushalte und die Durchführung von im Europäischen Semester identifizierten wettbewerbsfähigkeitssteigernden Strukturreformen, im Sinne einer verstärkten makroökonomischen Konditionalität, zu knüpfen.

7. Transparenz: Einheitlichkeit des Haushalts und Kontrolle durch Parlament und Rechnungshof

Wir wollen alle neben dem MFR bestehenden Nebenhaushalte – soweit europarechtlich möglich – in den MFR integrieren und so der Kontrolle des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofes unterwerfen. Dies gilt insbesondere für den Europäischen Entwicklungsfonds. Diese Transparenz schafft unter Steuerzahlern Vertrauen.

8. Flexibilität: Ein gewisses Maß an Flexibilität zwischen den einzelnen Rubriken für unvorhersehbare Herausforderungen ist notwendig – unter Wahrung der Haushaltstransparenz und -disziplin.

Unsere thematischen Schwerpunkte für den MFR 2021-2027:

1. Klima: Pariser Abkommen verteidigen, Emissionshandel ausweiten

Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Wir bekennen uns zu den Pariser Klimazielen und begrüßen, dass die Europäische Kommission eine ambitionierte Klimapolitik verfolgt. Am effektivsten funktioniert diese mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und neuen Technologien. Deshalb ist es gut, dass die Aufnahme weiterer Sektoren in das EU-Emissionshandelssystem geprüft werden soll, denn nur mit einem strikten CO₂-Limit im Emissionshandel werden die Klimaziele garantiert erreicht.

2. Mehr Investitionen in Bildung und Forschung, Digitales und Infrastruktur, Unternehmertum

Als Freie Demokraten begrüßen wir, dass die Kommission die Bereiche Bildung und Forschung sowie Digitales und Infrastruktur im Verhältnis zum Gesamthaushalt stärkt. Wir Freie Demokraten wollen aber noch weitergehen und eine klare Priorität für die kommenden Jahre setzen. Denn nur wenn Mitgliedstaaten ihre Ressourcen poolen (d.h. das 9. Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa erhöhen), kann Weltspitzenforschung (z.B. zu KI) in der EU stattfinden und Europa im globalen Wettbewerb bestehen. Wir wollen mit der Connecting Europe

Facility Digitalisierung und Infrastrukturaufbau stärker vorantreiben. Wir wollen den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) als InvestEU aufstocken, um zusätzliche Investitionen zu mobilisieren und Venture Capital bereitzustellen. Hier und bei der Umsetzung des European Green Deal muss die Europäische Investitionsbank eine zentrale Rolle spielen. Zusätzlich wollen wir eine EU-Agentur für Sprunginnovationen gründen. Mit einer deutlichen Ausweitung von Erasmus+ wollen wir mehr Schüler, Azubis und Soldaten erreichen und mit einer EU-Arbeitsagentur einen EU-weiten Berufsausbildungsmarkt aufbauen.

3. Mehr für Migrations-, Außen-, Entwicklungszusammenarbeits- und Verteidigungspolitik

Klare Effizienzgewinne durch das Poolen von Ressourcen bieten auch die Bereiche der Migrations-, Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik: Wir wollen den Asyl- und Migrationsfonds erhöhen, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen ausbauen und Frontex schnellstmöglich mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal verstärken. Wir wollen den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik durch politische Stellvertreter entlasten und handlungsfähiger machen. Grundsätzlich gilt für uns Liberale, dass unser vernetzter Ansatz zur internationalen Sicherheit auch für den EU-Haushalt gilt. Die Straffung und Kohärenz der Außen- und Entwicklungsfinanzierungsinstrumente auf EU-Ebene, wie die Abstimmung mit den nationalen Programmen, ist angesichts der globalen Herausforderungen und begrenzter Ressourcen unabdingbar. Wir begrüßen den Europäischen Verteidigungsfonds als Grundstein einer Verteidigungsunion und ersten Schritt in Richtung einer in die bestehende Sicherheitsarchitektur eingebetteten Europäischen Armee. Zahlungen Deutschlands in den EU-Haushalt, die im Sinne eines vernetzten Ansatzes in die drei Politikbereiche internationaler Sicherheit (3D – defence, development, diplomacy) fließen, müssen vollständig auf die Verpflichtungen Deutschlands in der NATO und in der OECD in diese Bereiche anrechenbar sein, um sich so auf das Ziel der Freien Demokraten zuzubewegen, drei Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes in die internationale Sicherheit zu investieren.

4. Kohäsionspolitik: Hilfe zur Selbsthilfe und Abschmelzen im MFR 2021-2027

Kohäsionspolitik ist gelebte Solidarität, aber auch nur eine Unterstützung auf Zeit. Sie kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie hat das Ziel, die Regionen auf eigene Füße zu stellen. Wir wollen die Kohäsionspolitik noch stärker auf die strukturellen Ursachen von Wachstumsschwäche und Innovationshemmnissen konzentrieren. Wir wollen mehr Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Infrastruktur bereitstellen, da diese wirtschaftliche Potentiale regional und grenzübergreifend fördern. Zudem müssen Kohäsionsmittel einen Ausgleich für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Migranten schaffen. Wir wollen im

MFR 2021-2027 und darüber hinaus den Anteil der Kohäsionspolitik am EU-Haushalt weiter reduzieren und die Kohäsionspolitik degressiv ausgestalten.

5. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): Mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie für eine langfristige Absenkung der Agrarzahungen
Bei den Mitteln für die GAP – bei Anerkennung der vielfältigen Funktionen, welche die Landwirtschaft innerhalb der EU erfüllt – setzen wir auf Marktwirtschaft und weniger Bürokratie. Insbesondere die Bürokratiebelastung im LEADER-Programm und die durch die Bundesländer zusätzlich zu den europäischen Anforderungen erlassenen Regelungen in der GAP sind kritisch zu überprüfen. So heben wir Effizienzpotentiale, die eine sukzessive Absenkung der Agrarzahungen erlauben. Nur unter der Voraussetzung, dass für die Landwirtschaft einheitliche Wettbewerbsbedingungen in der EU entstehen, beginnend mit der Abschaffung der Möglichkeit zu Umschichtungen von der 1. in die 2. Säule durch die Mitgliedstaaten, ist ein Herunterfahren der EU-Agrarzahungen möglich. Viele Landwirte würden sich unter dieser Voraussetzung lieber früher als später von den Agrarzahungen und den direkt damit verbundenen Auflagen sowie der Bürokratie verabschieden. Sofern dieses Ziel derzeit noch nicht vollständig erreichbar ist und gewisse Einschnitte unumgänglich werden, setzen wir uns dafür ein, sie eher in der 2. Säule als in der 1. Säule vorzunehmen.
6. Verschlinkung von staatlichen Strukturen: Entbürokratisierung, nur noch 18 Kommissare, nur einen Sitz für das Europaparlament
Durch Entbürokratisierung wollen wir Kosten für EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen senken. Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Kommission von derzeit 26 Kommissaren und Vizepräsidenten auf 18 verkleinern. Wir wollen den Wirtschafts- und Sozialausschuss abschaffen, da dessen Belange bereits im Europaparlament repräsentiert sind. Und wir wollen, dass das Europaparlament selbst über seinen einzigen Sitz entscheiden kann. Dies spart Kosten und schützt die Umwelt.

Ansprechpartner:
Michael Georg Link MdB, europapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 79363 – E-Mail: michael.link@bundestag.de